

V0234/21

Corona Hilfe - Gastro, Kultur und Einzelhandel 4.0

-Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 15.03.2021-

Stellungnahmen der vorgehenden Ausschüsse

Stadtrat vom 25.03.2021

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V023/21 und der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0255/21 werden gemeinsam diskutiert.

Stadtrat Pauling geht auf den Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE ein. Er führt aus, dass er die gute Arbeit von local order während der Corona-Krise nicht betonen brauche. Der Antrag verfolge deshalb auch das Ziel die lokale Handlungsplattform zu stärken und weiter auszubauen. Dazu merkt Stadtrat Pauling an, dass man als lokale Handlungsplattform niemals ein ernsthafter Konkurrent zu den großen Onlinehändler sein werde. Aber er sieht in der jetzigen Krise die Chance, neue Nutzer des Onlinehandels zu gewinnen und so einen Ingolstädter Marktplatz aufzubauen. Er betont, dass es neben Amazon auch in Deutschland viele Liefer-Start-ups gebe, aber der vorherrschende Lokalpatriotismus in Ingolstadt sei ein nicht zu unterschätzender Vorteil und biete viele Netzwerkeffekte. Auch sehe er Möglichkeiten, diese Plattform als Grundlage für einen virtuellen Marktplatz des Handels auszubauen. Zur Finanzierung merkt er an, dass eine gute Plattform eine Stadt allein nicht leisten könne und deshalb schlägt er vor, mit anderen Kommunen eine genossenschaftlich organisierte Plattform zu gründen. Für Stadtrat Pauling wäre es zumindest einen Versuch wert und dazu würde ihn die Stellungnahme des Wirtschaftsreferenten interessieren. Ergänzend fügt Stadtrat Pauling hinzu, dass es für Gastronomen, die einen Lieferservice betreiben, wichtig wäre, diesen Parkflächen für ihre Lieferfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sieht sich außer Stande den umfangreichen Antrag abzuarbeiten und es war der Verwaltung auch nicht möglich in der Kürze der Zeit dazu eine Beschlussvorlage zu erstellen. Er schlägt deshalb vor, den Antrag in einen Prüfungsantrag umzuwandeln.

Stadträtin Peters verweist auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 4.3.2021 zur Fortführung von order local, der bereits im IFG-Verwaltungsrat behandelt wurde.

Auch Stadtrat Schäuble sieht sich überfordert, denn für ihn sei dies kein Dringlichkeitsantrag, sondern ein Brainstorming an Ideen. Auch hält er es für falsch den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln und die Verwaltung mit der Prüfung dieses umfangreichen Antrags zu belasten. Er bittet deshalb die Stadtratsgruppe DIE LINKE, ihren Dringlichkeitsantrag zurückzuziehen.

An Stadtrat Pauling gewandt, äußert sich Stadtrat Dr. Lösel zum Antrag und beurteilt diesen als vollkommen überfrachtet. Nach Worten von Stadtrat Dr. Lösel hat sich die Stadtratsgruppe DIE LINKE über sämtliche Parteigrenzen hinweggesetzt und jedes Schlagwort besetzt. Die Prüfung dieser Art von Anträgen, so Stadtrat Dr. Lösel werde die Verwaltung überfordern. Stadtrat Dr. Lösel könnte sich vorstellen, dass Fraktionen oder Gruppen bei einzelnen Punkten mitgehen könnten, aber das Füllhorn auszuschütten, um sich als kraftvoll agierende Partei darzustellen, hält er für überzogen.

Zum Wortbeitrag von Stadtrat Dr. Lösel stellt Stadtrat Pauling fest, dass dieser Antrag aus Gesprächen mit Betroffenen entstanden sei. Seines Erachtens sei es wichtig, dass sich der Stadtrat in der jetzigen Situation Zeit nehme, um Hilfsmaßnahmen zu diskutieren und zu entscheiden, ob diese zu weiteren Bearbeitung in die Verwaltung gegeben werden sollen. Stadtrat Pauling könne die Ablehnung des ein oder anderen Themas akzeptieren, aber es seien Themen dabei, die man weiterverfolgen könnte. Er könne die Vorwürfe, die der Antrag ausgelöst habe, nicht nachvollziehen. An die FDP-Stadtratsgruppe gewandt führt Stadtrat Pauling aus, dass diese immer wieder auf Einsparmöglichkeiten pochen, aber dann doch einen Gebührenerlass und finanzielle Unterstützung fordern, dies sei nach Meinung von Stadtrat Pauling, auch nichts anderes als der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE.

Stadtrat Dr. Lösel geht es nicht darum, keine Anträge zu diskutieren, aber die Art und Weise wie der Antrag im Stadtrat präsentiert werde, mit der Forderung diesen unbedingt zu diskutieren, könne er nicht gutheißen. Auch werde nach Ansicht von Stadtrat Dr. Lösel der Mehrheit des Stadtrates Desinteresse an neuen Ideen unterstellt. Nach Worten von Stadtrat Dr. Lösel beinhalte dieser Dringlichkeitsantrag genügend Themen für eine Sondersitzung des Stadtrates. Er bezweifelt aber, dass er damit in der Verwaltung und oder im Stadtrat viel Freude auslösen werde. Er plädiert deshalb dafür, sich auf ein Thema zu konzentrieren und bei den Wortbeiträgen auf Kraftwörter zu verzichten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf vertritt auch die Meinung, dass man Anträge auch schlanker halten könne. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und als Prüfungsantrag in die Verwaltung zu geben.

Stadtrat Lange stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Stadtrat Höbusch spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag, da er den dazu vorliegenden Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründen wolle.

Stadtrat Grob schließt sich dem Vorschlag des Oberbürgermeisters an, den Antrag der LINKEN in einen Prüfantrag umzuwandeln.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Antrag bereits als Auftrag an die Verwaltung ergangen sei.

Herr Engert sichert zum Ergänzungsantrag ein Konzept für die Sitzung des Stadtrates am 11.05.2021 zu.

Abstimmung über den Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE

Mit allen Stimmen:

Dem Antrag wird als Prüfungsantrag zugestimmt.

Der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zur Erledigung in die Verwaltung verwiesen. Der zuständige Referent wird dazu eine Vorlage erstellen.

Stadtrat Bannert möchte seine Wortmeldung kundtun und betont, dass die Abgabe eines Meinungsbildes der AfD-Stadtratsfraktion zu den Tagesordnungspunkten 31 und 32 in diesem Gremium nicht möglich war. Er findet das von der politischen Hygiene her nicht schön.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Lange auf Ende der Debatte und bekräftigt, dass die Wortmeldungen zur Geschäftsordnung geäußert wurden.

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Corona Hilfe - Gastro, Kultur und Einzelhandel 4.0Verlängerung der finanziellen Unterstützung für die Online-Plattform www.orderlocal.de sowie Corona Hilfe - Gastro, Kultur und Einzelhandel 4.0

- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.03.2021, V0205/21 -

- Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 15.03.2021, V0234/21 -
Stellungnahme der Verwaltung

Vorlage: V0314/21

Gremium	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	11.05.2021	Entscheidung

Antrag V0314/21:

1. Der Stadtrat nimmt den Bericht zur Unterstützung von Order Local zur Kenntnis. Order Local verbleibt in der Verantwortung von IN-City. Eine pauschale Weiterfinanzierung der Plattform zur Verlängerung der Kostenfreiheit für teilnehmende Betriebe durch die Stadt erfolgt nicht.
- 2.1 Das Referat für Kultur, Bildung und Sport prüft die Installation von Infrastruktur für die Platzierung von kleineren Einheiten anstelle von Food-Trucks.
- 2.2 Die erneute Auferlegung der Clubhilfe analog zu 2020 ist nicht möglich.
- 2.3 Das Referat für Kultur, Bildung und Sport setzt sich einzelfallbezogen für die Bespielung der Donaubühne durch Veranstaltungen des Kulturamtes in Abstimmung mit dem Pächter der Donaubühne ein.

Gremium	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	11.05.2021	Entscheidung

Antrag V0205/21:

Um lokale Händler und Gastronomen zu unterstützen, wurde 2020 durch die IFG unter Federführung von IN-City die Online-Plattform „orderlocal“ eingeführt. Diese bietet gerade kleinen Unternehmen die Möglichkeit ihr Angebot unkompliziert und kostenfrei online anzubieten. Ab den 01.03.2021 sollen nun Gebühren für die Nutzung der Plattform erhoben werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt deswegen folgenden **Antrag**:

Die IFG verlängert die Förderung für die Online-Plattform www.orderlocal.de und die Nutzung bleibt für die teilnehmenden Betriebe weiterhin kostenfrei.

Begründung:

Diese Online-Plattform wird vor allem von Ingolstädter Einzelhändlern und Gastronomen genutzt. Den Branchen also, die besonders hart von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind. Trotz sinkender Infektionszahlen, ist immer noch nicht klar, wann diese Bereiche ihren Betrieb regulär wieder aufnehmen können. Vor diesem Hintergrund und unter Anbetracht der aktuellen Entwicklung in der Innenstadt, sollten alle Maßnahmen fortgeführt werden, um den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie zu unterstützen.

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	25.03.2021
Stadtrat	11.05.2021

Antrag V0234/21:

DIE LINKE. Stadtrats-Gruppe stellt folgenden Dringlichkeitsantrag - Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung mit folgenden Punkten zu beauftragen:

1. Ausbau von „Order Local“ und Überführung zur IFG:

- 1.1 Die lokale Handelsplattform Order Local wird in die Verwaltung der IFG überführt.
- 1.2 Die Option des digitalen Live-Shopping-Rundgangs wird als Corona-Feature angeboten.
- 1.3 Als Krisenunterstützung für Einzelhandel und Gastronomie übernimmt die Stadt überdies für 2021 die Gebühren auf Händlerseite.
- 1.4 Für Essenslieferung außerhalb des Stadtgebiets wird eine Kooperation mit lokalen Taxlern geprüft, ausgehandelt und dem Stadtrat zur nächsten Sitzung vorgelegt.

2. Kultur am Fenster und Innenhof auf Order Local anbieten:

- 2.1 Order Local wird erweitert um die Rubrik Kultur.
- 2.2 Dementsprechend können Künstler*innen künftig für Auftritte vorm Fenster/ im Innenhof gebucht werden.

3. Parkflächen Umwidmung, Verkehrssicherheit und Sondererlaubnisse:

- 3.1 Gastronom*innen ohne großen Außenbereich bekommen für 2021 die Gelegenheit 1-2 Parkplätze kostengünstig als dauerhafte Außenfläche für ihr Gewerbe bei der Stadt anzumieten und bspw. als Liefer- oder Verkaufsfläche nutzbar zu machen.
- 3.2 Die Geschwindigkeit wird auf Straßen der Anlage 1 über Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Maßnahmen wie dem Einsatz von Pflanzkübeln so reguliert, dass die Verkehrssicherheit trotz 3.1 gewährleistet bleibt. So kann

versicherungstechnischen Anforderungen entsprochen werden.

4. Freies Parken & Mobilitätsgutscheine:

- 4.1 Anwohner*innen sollen, als Kompensation für den wegfallenden Parkraum während der Dauer der Regelung, ein Angebot zum kostenlosen Parken auf Hallenbad- und Volksfestparkplatz und Mobilitätsgutscheine erhalten und/ oder die Ingolstädter Tiefgaragen vergünstigt nutzen können. Ein entsprechender Vorschlag soll vom Verkehrsmanagement der Stadt zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.
- 4.2 Das Verkehrsmanagement der Stadt Ingolstadt sowie die IFG werden angewiesen, die Folgen des verminderten Parkraums, die Nutzung der Kompensationsangebote (Micro Mobility) sowie die Folgen der verminderten Geschwindigkeit auf Verkehr und Frequenz im Handel zu evaluieren.

5. Kultur am Wasser, Donaupromenade und Open Airs:

- 5.1 An der nördlichen Donaupromenade werden 4 Plätze von der Stadt mit Infrastruktur (Strom, Wasser) ausgestattet und kostengünstig (Umsatzpacht) an lokale Gewerbe- oder Markttreibende mit Food-Trucks und Getränkeangebot vergeben. Dabei wird auch auf ein ausreichend vegetarisches und veganes Angebot Rücksicht genommen.
- 5.2 Die Clubhilfe aus dem letzten Jahr wird neu aufgelegt um, wie in 2020, regionale Außenflächen über ein Bewerbungsverfahren beispielbar zu machen.
- 5.3 Das Kulturamt wird beauftragt für 2021 ein Format für ein durchgängiges, kostenloses Kulturprogramm mit regionalen Künstler*innen an der Donaubühne zu veranstalten.

Begründung:

Krisenjahr 2021. (Wirtschafts)leben absichern: Auch 2021 werden wir noch größtenteils im Krisenmodus verharren. Damit unsere kommunalen Inzidenzwerte niedrig bleiben und das wirtschaftliche Leben zumindest auf Sparflamme weiterlaufen kann, gilt es möglichst viele Aktivitäten auf Außenflächen zu verlagern und in kontrollierte Bahnen zu lenken, sowie konsequent Online-Technologien zu nutzen um Kontakte in geschlossenen Räumen auf ein Minimum zu reduzieren. Jeder reduzierte Kontakt erlaubt mittelfristig größere Bewegungsfreiheit.

Die Not zur Tugend machen. Aufenthaltsqualität und lokaler Marktplatz: Viele Städte in Deutschland nutzen die Krise, um auf unausgelasteten Flächen lang gehegte Ideen auszuprobieren. Die verminderte Frequenz des Verkehrs ermöglicht die zeitweise Umwidmung von Parkflächen und Straßen. Aber auch die Nachfrage nach Online Angeboten gibt digitalen Technologien ungeahnten Aufwind. Für uns in Ingolstadt bestünde die Chance, strittige Ideen (wie eine teilweise Verkehrsberuhigung) ohne großen Kollateralschaden ausprobieren zu können. Des Weiteren wäre genau jetzt der Zeitpunkt, Ingolstädter*innen auf eine lokale Online Plattform onzuboarden. Hieraus ließe sich ein Netzwerkeffekt generieren und höchstwahrscheinlich ein nachhaltiger Mehrwert für Händler*innen, Künstler*innen und Gastronomie schaffen.

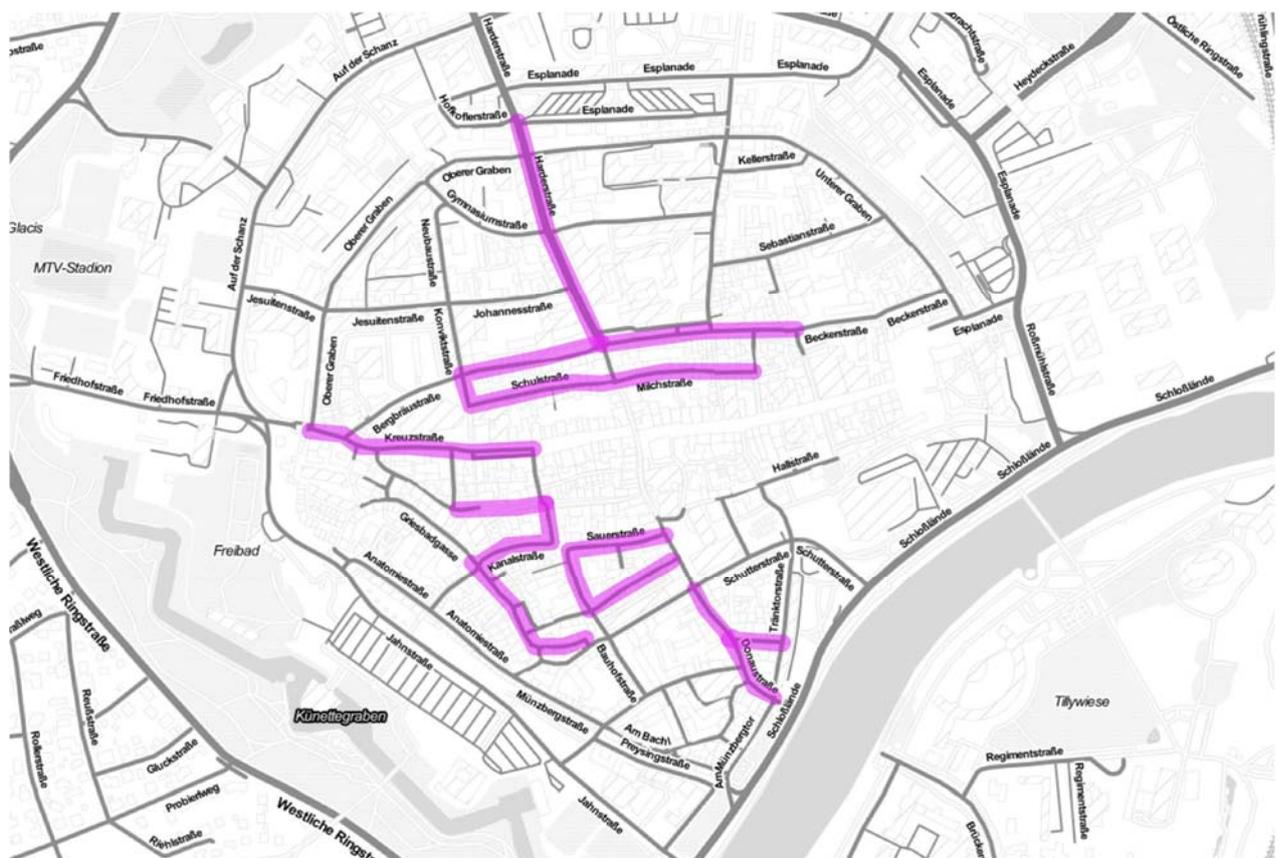
Ingolstadt an der Donau. Die günstige Donauattraktivierung und die freie Szene: Die Einbindung der Donau ist ein Ingolstädter Dauerthema. Gerade während der Pandemie würden sich viele Ingolstädter*innen über ein ordentliches kulturelles Angebot an der Donau freuen. Mit günstig zur Verfügung gestellten Stellplätzen für Foodtrucks/ Markttreibende/ Gastronom*innen an der Donau helfen wir in Bedrängnis gekommenen Gewerbetreibenden, deren Festival- und Volksfestsaison dieses Jahr ins Wasser fällt, und erreichen gleichzeitig eine wesentliche Attraktivierung der Donau. Dass solche Konzepte funktionieren, hat das Cafe Tagtraum mit ihrem „Donaurauschen“ die letzten Jahre unter Beweis gestellt. Auch eine vom Kulturamt betriebene

„freie Bühne“ würde die Einbindung der Donau unterstützen und gleichzeitig durch die Pandemie ins Schlingern geratene Künstler*innen aus der Region unterstützen.

Kosten und Verwaltungsaufwand. Experimente schaffen Erfahrung und Perspektive: Die hier aufgeführten Maßnahmen kosten natürlich Geld, ermöglichen aber auch wertvolle Erfahrungsgewinne sowie eine angemessene digitale „Markt“infrastruktur für die Zukunft nach der Pandemie. In unseren Augen wäre es lohnenswert, hier und jetzt auszuprobieren, nicht zuletzt, weil mit unserem hier vorgestellten Konzept eine nicht unerhebliche Hilfestellung für Ingolstädter Gewerbetreibende verbunden wäre, die auch noch nach Corona weiterwirken würden.

Bürgerbeteiligung. Von den Betroffenen: Die Grundlage der hier skizzierten Maßnahmen wurden auf einem kollaborativen Treffen mit Betroffenen erarbeitet und in Feedbackloops an Einzelhändler*innen und Gastronom*innen zurückgespielt.

Anlage1. Möglicher Bereich für Geschwindigkeitsbegrenzungen



In den von uns hier verzeichneten Straßen gibt es ein erhöhtes Angebot an Gastronomie, welche schon jetzt Außenbestuhlung nah an Straßen unterhält. Nicht nur mit einer weiteren Ausdehnung der Flächen kommt es schon jetzt bspw. in der Milchstraße häufig zu gefährlichen Situationen mit nah an der Straße sitzenden Gästen sowie schnell vorbeirasenden Autos. Für Parkflächen die bspw. gegenüber des Engelwirts beispielbar wären wäre eine Geschwindigkeitsbegrenzung für eine gemeinsame Nutzung (shared space) aus versicherungstechnischer Sicht obligatorisch.

Nach unserer ersten Kurzevaluation würden wir mit ca. 30 Stellplätzen rechnen, die von Gewerbetreibenden nutzbar gemacht werden könnten.

Stadtrat 25.03.2021 zu V0234/21

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0234/21 und der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0205/21 werden gemeinsam diskutiert.

Stadtrat Pauling geht auf den Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE ein. Er führt aus, dass er die gute Arbeit von local order während der Corona-Krise nicht betonen brauche. Der Antrag verfolge deshalb auch das Ziel die lokale Handlungsplattform zu stärken und weiter auszubauen. Dazu merkt Stadtrat Pauling an, dass man als lokale Handlungsplattform niemals ein ernsthafter Konkurrent zu den großen Onlinehändler sein werde. Aber er sieht in der jetzigen Krise die Chance, neue Nutzer des Onlinehandels zu gewinnen und so einen Ingolstädter Marktplatz aufzubauen. Er betont, dass es neben Amazon auch in Deutschland viele Liefer-Start-ups gebe, aber der vorherrschende Lokalpatriotismus in Ingolstadt sei ein nicht zu unterschätzender Vorteil und biete viele Netzwerkeffekte. Auch sehe er Möglichkeiten, diese Plattform als Grundlage für einen virtuellen Marktplatz des Handels auszubauen. Zur Finanzierung merkt er an, dass eine gute Plattform eine Stadt allein nicht leisten könne und deshalb schlägt er vor, mit anderen Kommunen eine genossenschaftlich organisierte Plattform zu gründen. Für Stadtrat Pauling wäre es zumindest einen Versuch wert und dazu würde ihn die Stellungnahme des Wirtschaftsreferenten interessieren. Ergänzend fügt Stadtrat Pauling hinzu, dass es für Gastronomen, die einen Lieferservice betreiben, wichtig wäre, diesen Parkflächen für ihre Lieferfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sieht sich außer Stande den umfangreichen Antrag abzuarbeiten und es war der Verwaltung auch nicht möglich in der Kürze der Zeit dazu eine Beschlussvorlage zu erstellen. Er schlägt deshalb vor, den Antrag in einen Prüfungsantrag umzuwandeln.

Stadträtin Peters verweist auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 4.3.2021 zur Fortführung von order local, der bereits im IFG-Verwaltungsrat behandelt wurde.

Auch Stadtrat Schäuble sieht sich überfordert, denn für ihn sei dies kein Dringlichkeitsantrag, sondern ein Brainstorming an Ideen. Auch hält er es für falsch den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln und die Verwaltung mit der Prüfung dieses umfangreichen Antrags zu belasten. Er bittet deshalb die Stadtratsgruppe DIE LINKE, ihren Dringlichkeitsantrag zurückzuziehen.

An Stadtrat Pauling gewandt, äußert sich Stadtrat Dr. Lösel zum Antrag und beurteilt diesen als vollkommen überfrachtet. Nach Worten von Stadtrat Dr. Lösel hat sich die Stadtratsgruppe DIE LINKE über sämtliche Parteigrenzen hinweggesetzt und jedes Schlagwort besetzt. Die Prüfung dieser Art von Anträgen, so Stadtrat Dr. Lösel werde die Verwaltung überfordern. Stadtrat Dr. Lösel könnte sich vorstellen, dass Fraktionen oder Gruppen bei einzelnen Punkten mitgehen könnten, aber das Füllhorn auszuschütten, um sich als kraftvoll agierende Partei darzustellen, hält er für überzogen.

Zum Wortbeitrag von Stadtrat Dr. Lösel stellt Stadtrat Pauling fest, dass dieser Antrag aus Gesprächen mit Betroffenen entstanden sei. Seines Erachtens sei es wichtig, dass sich der Stadtrat in der jetzigen Situation Zeit nehme, um Hilfsmaßnahmen zu diskutieren und zu entscheiden, ob diese zu weiteren Bearbeitung in die Verwaltung gegeben werden sollen. Stadtrat Pauling könne die Ablehnung des ein oder anderen Themas akzeptieren, aber es

seien Themen dabei, die man weiterverfolgen könnte. Er könne die Vorwürfe, die der Antrag ausgelöst habe, nicht nachvollziehen. An die FDP-Stadtratsgruppe gewandt führt Stadtrat Pauling aus, dass diese immer wieder auf Einsparmöglichkeiten pochen, aber dann doch einen Gebührenerlass und finanzielle Unterstützung fordern, dies sei nach Meinung von Stadtrat Pauling, auch nichts anderes als der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE.

Stadtrat Dr. Lösel geht es nicht darum, keine Anträge zu diskutieren, aber die Art und Weise wie der Antrag im Stadtrat präsentiert werde, mit der Forderung diesen unbedingt zu diskutieren, könne er nicht gutheißen. Auch werde nach Ansicht von Stadtrat Dr. Lösel der Mehrheit des Stadtrates Desinteresse an neuen Ideen unterstellt. Nach Worten von Stadtrat Dr. Lösel beinhalte dieser Dringlichkeitsantrag genügend Themen für eine Sondersitzung des Stadtrates. Er bezweifelt aber, dass er damit in der Verwaltung und oder im Stadtrat viel Freude auslösen werde. Er plädiert deshalb dafür, sich auf ein Thema zu konzentrieren und bei den Wortbeiträgen auf Kraftwörter zu verzichten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf vertritt auch die Meinung, dass man Anträge auch schlanker halten könne. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und als Prüfungsantrag in die Verwaltung zu geben.

Stadtrat Lange stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Stadtrat Höbusch spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag, da er den dazu vorliegenden Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN begründen wolle.

Stadtrat Grob schließt sich dem Vorschlag des Oberbürgermeisters an, den Antrag der LINKEN in einen Prüfantrag umzuwandeln.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Antrag bereits als Auftrag an die Verwaltung ergangen sei.

Herr Engert sichert zum Ergänzungsantrag ein Konzept für die Sitzung des Stadtrates am 11.05.2021 zu.

Abstimmung über den Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE

Mit allen Stimmen:

Dem Antrag wird als Prüfungsantrag zugestimmt.

Der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zur Erledigung in die Verwaltung verwiesen. Der zuständige Referent wird dazu eine Vorlage erstellen.

Stadtrat Bannert möchte seine Wortmeldung kundtun und betont, dass die Abgabe eines Meinungsbildes der AfD-Stadtratsfraktion zu den Tagesordnungspunkten 31 und 32 in diesem Gremium nicht möglich war. Er findet das von der politischen Hygiene her nicht schön.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Lange auf Ende der Debatte und bekräftigt, dass die Wortmeldungen zur Geschäftsordnung geäußert wurden.

Stadtrat vom 11.05.2021

Der Antrag der Verwaltung (V0314/21) und die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion (V0205/21) und der Stadtratsfraktion der LINKEN (V0234/21) werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Schlagbauer zeigt sich überrascht über die Beschlussvorlage, da man sich im Verwaltungsrat der IFG einig darüber gewesen sei, die Online-Plattform weiter zu unterstützen. Natürlich sei man auch einig gewesen, dass sich das Geschäftsmodell irgendwann einmal selbst tragen müsse. Die SPD-Stadtratsfraktion habe einen Dringlichkeitsantrag auf weitere Förderung der Plattform gestellt, da der Vorschlag der Verwaltung nach Ansicht von Stadtrat Schlagbauer nichts mit aktiver Wirtschaftsförderung zu tun habe und einer Vollbremsung gleichkomme, insbesondere in diesen schwierigen Corona-Zeiten. Aus diesem Grund stellt Stadtrat Schlagbauer zum Antrag noch einen Änderungsantrag, der mehr in die Richtung der Diskussion im Verwaltungsrat der IFG gehe: Die Einstiegsschwelle so klein wie möglich halten, z. B. Finanzierung oder Bezuschussung der monatlichen Fixkosten und die einmalige Anmeldung bis Ende 2021. So habe man ein halbes Jahr Zeit, zu evaluieren und zu schauen, ob noch Handlungsbedarf bestehe. Der Antrag der Verwaltung sei ihm tatsächlich zu wenig.

Stadtrat Dr. Lösel möchte eine Lanze für die Beschlussvorlage der Verwaltung brechen. Der Austausch mit Einzelhändlern, mit Vertretern von Verbänden und IN-City habe gezeigt, dass das Projekt, das noch einige Zeit laufe, in ein nachhaltiges Konzept übergehen müsse. Das könne nicht geschehen, wenn immer weiter gefördert werde. Überlegt werden müsse deshalb, wie eine dauerhafte Tragfähigkeit gelinge.

Herr Dr. Rosenfeld stellt ein Missverständnis klar: Die Online-Plattform gehöre nicht der IFG, sondern dem privaten Verein IN-City, der auch die Idee dazu hatte. Zu Beginn der Corona-Krise sei eine Förderung für wertvoll erachtet worden. Von der IFG werde durchaus ein nachhaltiges Konzept unterstützt, das aber vom Verein und den Händlern erst erarbeitet werden müsse. Die Weiterentwicklung werde natürlich gefördert, wie z. B. die Unternehmensberatung von Aktivsenioren oder die Suchmaschinenoptimierung. Zudem seien Vorkehrungen getroffen worden, dass den Gewerbetreibenden des Cityfreiraums auch der Zugang zu Order Local ermöglicht werde. Es geht nach den Worten von Herrn Prof. Dr. Rosenfeld nicht um die Verhinderung einer Vollbremsung, denn die sei schon passiert, sondern um die Entwicklung eines klugen Onboarding-Konzeptes, um die Plattform wieder mit Leben zu füllen und weiterzuführen. Er bleibe bei seiner Ansicht, denn eine pauschale Förderung der Kostenfreiheit sei nicht zielführend.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bittet um Konkretisierung des Änderungsantrages der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtrat Schlagbauer glaubt, dass die Gespräche mit IN-City gezeigt haben, dass man im Ziel in keiner Weise weit auseinander liege, aber der Weg sei unterschiedlich. Tatsächlich sei eine Vollbremsung bereits passiert und jetzt sei es ein Versuch, noch einmal Aktivität reinzubringen. Deshalb trägt Stadtrat Schlagbauer noch einmal seinen Änderungsantrag vor: Die Einstiegskosten und die monatlichen Kosten von rund 30 EUR werden bis Ende des Jahres von der IFG übernommen, so dass aus finanzieller Sicht ein überschaubares Risiko eingegangen werde. Der Versuch der IFG werde dazu genommen und im Herbst werde das Ganze noch einmal betrachtet.

Stadtrat Pauling weist auf den Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE hin. Seine Partei sei auch nicht dafür, einen laufenden Betrieb, der sich nicht trägt, ewig zu subventionieren, auch ein einzelnes privates Unternehmen nicht. Der Hintergrund des Antrages sei gewesen, dass schon Steuergelder gezahlt worden seien. IN-City sei zudem auch ein stadtnaher Bereich mit vielen Personen in politischen Funktionen. Die Überlegungen seien dahingehend, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, als städtischer Eigentümer auf dieser Handelsmarktplattform Synergieeffekte für Künstlerinnen und Künstler, Taxifahrerinnen und Taxifahrer und dgl. realisieren zu können. Diesem Antrag sei nicht nachgegangen worden. Entsprechende Plattformen gebe es in

städtischer oder teilstädtischer Hand bereits, Starnberg sei dafür ein sehr gutes Beispiel. Neben dem Lieferservice könnte eine Stadt im Bereich der Kulturszene auch Synergieeffekte nutzen. In Bezug auf Amazon oder dgl. sei es nicht gut, Monopole zu haben. Bei einer lokalen Plattform in städtischer Hand könnten ordentliche Arbeitsbedingungen ermöglicht und nachhaltige Kriterien eingepflegt werden. Deshalb bedauere Stadtrat Pauling, dass eine andere Entscheidung getroffen worden sei. Auf jeden Fall spreche sich seine Stadtratsgruppe dagegen aus, nur eine Wirtschaftsförderung für ein Unternehmen zu tätigen, das sich selber nicht trage.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Stadtrat Schlagbauer:

Gegen die Stimmen der Stadtratsfraktion SPD, Stadtrat Köstler, Stadtrat Lange, Stadtrat Over, Stadtratsgruppe DIE LINKE, Stadtrat Mißbeck:

Der Änderungsantrag mit der Maßgabe, dass die Einstiegskosten und die monatlichen Kosten von rund 30 EUR bis Ende des Jahres von der IFG übernommen werden und im Herbst dieses Jahres eine neuerliche Betrachtung der Situation erfolgt, wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0314/21):

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.